

Vorlage Nr. AfJFF 15/2022		
für die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und für den Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen am 12.07.2022		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

**Erweiterung der Verwaltungssoftware KiON zur Realisierung von Kommunikationsstrukturen und Digitalisierung im Handlungsfeld Kindertagesbetreuung
hier: Magistratsbeschluss vom 30.03.2022 zur Vorlage IV/ 10/2022**

A Problem

Das Dezernat IV hat mit der Vorlage IV/10/2022 folgende Problemdarstellung in den Magistrat eingebracht:

Die Corona-Pandemie hat Defizite in der Elternkommunikation aufgezeigt, die bereits vor Beginn der Pandemie bestanden haben und die sich durch die neue Situation jedoch in Umfang und Auswirkungen enorm verstärkten.

Der wichtige Austausch zwischen Fachkräften und Eltern gestaltet sich gerade bei den Eltern, die von diesem Austausch besonders profitieren würden, in der Praxis zunehmend schwierig. Eltern mit Migrationshintergrund, Eltern aus benachteiligten sozialen Verhältnissen und alleinerziehende Elternteile sind besonders von Barrieren und Hemmnissen betroffen, die die Kommunikation erschweren. So fehlt es ihnen beispielweise an zeitlichen Ressourcen oder eine geeignete Kinderbetreuung, um an Elternabenden teilnehmen zu können. Gerade für schwer erreichbare Zielgruppen bietet die Kommunikation über digitale Medien ein enormes Potenzial.

In der Corona-Pandemie ist der Bedarf an schnellem Informationsaustausch massiv gestiegen, die Elternkommunikation wurde jedoch aufgrund der Kontaktbeschränkungen gleichzeitig stark eingeschränkt. Diese Situation hat massiven Unmut in der Elternschaft ausgelöst und die negativen Auswirkungen auf Eltern und Kinder verstärkt. Es ist davon auszugehen, dass ähnliche Szenarien künftig wiederholt eintreten werden.

Nicht nur für Eltern ist die Situation in der Corona-Pandemie belastend, sondern ebenso für die pädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen. Diese Situation zeigt, besonders vor dem Hintergrund der derzeit angespannten Personalsituation sowie des Fachkräftemangels, einen dringenden Handlungsbedarf auf. Eine Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung weist darauf hin, dass der Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesstätten voraussichtlich noch mindestens bis 2030 anhalten wird. Ein unzureichender Personalschlüssel hat besonders großen Einfluss auf die Bildungschancen der Kinder und die Arbeitszufriedenheit der Fachkräfte. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, dass sich die Stadt Bremerhaven auch künftig als attraktiv für potenzielle Fachkräfte erweisen muss.

Digitale Kommunikationswege und der Umgang mit entsprechender Soft- und Hardware zur Unterstützung von Arbeitsabläufen sind in der Arbeitswelt heute in den meisten Bereichen selbstverständlich und kann auch im Kindertagesstättenalltag Arbeitserleichterung bieten.

Zuverlässige und schnelle Kommunikationswege zwischen Fachamt, den Trägern, den Leitungskräften und den einzelnen Fachkräften sind dringend erforderlich und benötigen eine entsprechende digitale Infrastruktur.

B Lösung

Die beschriebenen Defizite und Einschränkungen könnten durch die Nutzung moderner digitaler Kommunikationsformen kompensiert werden. Die Fachabteilung Kinderförderung hat sich daher zwischenzeitlich inhaltlich weiter mit dem Thema Digitalisierung beschäftigt und bereits konkrete Bedarfs- und Prozessdefinitionen hierfür erarbeitet.

Ein erstes Abstimmungsgespräch mit den zuständigen Mitarbeitern des Betriebs für Informationstechnologie (BIT) brachte die Erkenntnis, dass aufgrund der besonderen Organisationsform der Abteilung Kinderförderung ein einheitliches System analog zum Schulbereich benötigt wird. Die durch den schrittweisen Ausbau der Kindertagesbetreuung entstandene Prozesskomplexität sowie die große Anzahl der potenziellen Nutzer erfordert eine umfassende und auf die speziellen Anforderungen dieses Bereichs angepasste Softwarelösung. Individuelle Einzellösungen zur Digitalisierung sind sachlich und ökonomisch nicht sinnvoll. Eine vollumfängliche Abwicklung auf Grundlage der bereits zur Beitragsabwicklung im Programm KiON vorhandenen Stammdaten ist daher die einzige für Eltern und Mitarbeiter nachvollziehbare und praktikable Lösung um die digitale Anbindung aller Kindertagesstätten zu ermöglichen.

Im Sinne des Besserstellungsverbots und der Finanzierungsverpflichtung durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe gegenüber den freien Trägern sind die Kindertagesstätten in freier Trägerschaft ebenso digital anzubinden.

Die inhaltlichen Anforderungen an eine bedarfsgerechte Softwarelösung umfassen folgende Bereiche:

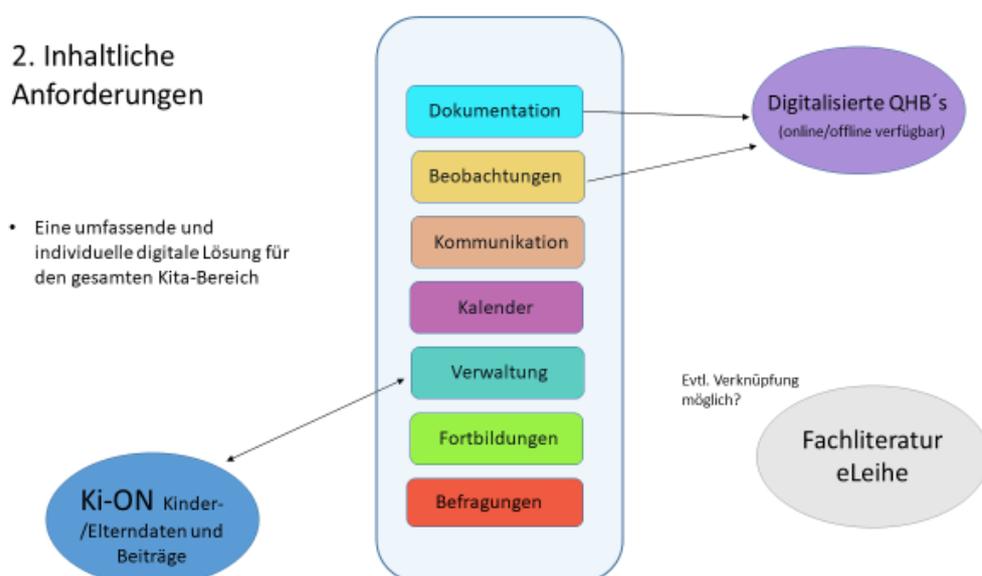


Abb. 1

Der Antrag auf Mittel aus dem Bremerhaven-Fonds muss aufgrund der neuen Erkenntnisse aktualisiert werden. Die Beantragung von Stellen zur Begleitung des Digitalisierungsprozesses erscheinen nach derzeitigem Erkenntnisstand nicht sinnvoll, da das hierzu notwendige Fachwissen in der Fachabteilung nicht vorhanden ist und voraussichtlich aufgrund der derzeitigen Fachkräftesituation auch nicht akquiriert werden kann. Es ist zur Realisierung des Digitalisierungsprozesses vielmehr sinnvoll auf externe Dienstleister zurückzugreifen, die über

entsprechende Erfahrung und Fachwissen verfügen. Daher werden Projektmittel anstelle der zunächst beantragten Personalkosten benötigt.

Die Implementierung einer Software zur Vereinfachung von Kommunikation und Arbeitsprozessen in allen Kindertagesstätten der Stadt Bremerhaven wird in intensiver Abstimmung mit dem Digitalisierungsbüro des Magistrats erfolgen. Eine Datenschutz-Folgenabschätzung sowie die Einbindung der Mitbestimmungsgremien werden im Vorfeld durchgeführt.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 30.03.2022 zur Vorlage IV/ 10/2022 dem Antrag auf konsumtive Projektmittel in Höhe von 346.885,- €, sowie investiven Mitteln in Höhe von 964.000,- € aus dem Bremerhaven-Fonds zugestimmt und bittet das Dezernat IV um Umsetzung.

Folgend müssen diese Mittel durch Beschluss des Finanz- und Wirtschaftsausschusses freigegeben werden.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlages

Mit der Kenntnisnahme dieser Vorlage keine.

Für Klimaschutz- und genderrelevante Auswirkungen ergeben sich keine Anhaltspunkte. Besondere Belange des Sports liegen nicht vor. Eine örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegt nicht vor. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind durch den Beschluss nicht in besonderer Weise betroffen. Die Belange von Menschen mit Behinderung sind nicht in besonderer Weise betroffen.

E Beteiligung/Abstimmung

Die Vorlage IV/ 10/2022 wurde mit der Magistratskanzlei, der Stadtkämmerei sowie dem Digitalisierungsbüro abgestimmt. Die weitere Vorgehensweise wird ebenfalls eng mit dem Digitalisierungsbüro abgestimmt.

Die Beteiligung der Freien Träger von Kindertagesstätten sowie der Mitbestimmungsgremien erfolgen im Verfahren.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Das Dezernat IV gewährleistet die Einhaltung der Bestimmungen nach dem Bremischen Informationsfreiheits-Gesetz.

G Beschlussvorschlag

- a) Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nehmen den Beschluss des Magistrats zur Kenntnis.
- b) Die Mitglieder des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen nehmen den Beschluss des Magistrats zur Kenntnis.

Frost
Stadtrat